

1 KPV Schleswig-Holstein

2

3

4 **Beschluss**

5

6

7 der KPV-Landesversammlung vom 14. November 2009

8

9

10 **Personalkostenförderung des Landes für Kindertageseinrichtungen**

11

12 Das Land Schleswig-Holstein wird aufgefordert, den von der rot-grünen Landesregierung
13 2004 eingeführten Deckel in Höhe von 60 Mio. Euro für die Personalkostenförderung der
14 Kindertageseinrichtungen aufzuheben und die Summe den gestiegen Personalkosten und
15 den veränderten Anforderungen an Kindertageseinrichtungen anzupassen.

16

17 Begründung:

18

19 Seit der Einführung des Deckels im Jahre 2004 durch die damalige rot-grüne Landesregie-
20 rung hat es keine Anpassung trotz erhöhter Personalaufwendungen für das pädagogische
21 Personal, höhere Qualitätsanforderungen und verstärkte Förderung im kostenaufwendigen
22 U3-Bereich in den Kindertageseinrichtungen gegeben.

23

24 Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP fordert eine Überprüfung des Finanzaus-
25 gleichgesetzes dahingehend, dass eine aufgabenbezogene Finanzierung stattfindet. Die KPV
26 spricht sich dafür aus, dass in diese Überprüfung die Personalkostenförderung der Kinderta-
27 geseinrichtungen einbezogen wird, weil sie eine Aufgabe ist, die sich dynamisch entwickelt
28 und somit eine Deckelung des Betrages auf 60 Mio. Euro nicht gerechtfertigt ist.

29

30 Die Kreise, die die Landesmittel lediglich an die Kommunen mit einem ursprünglichen För-
31 dersatz von 22 bzw. 20 Prozent weiterreichen, müssen jetzt entweder das Defizit ausglei-
32 chen (Kreis Rendsburg-Eckernförde im Jahr 2009 800.000 Euro) oder den Fördersatz zu
33 Lasten der Gemeinde, Städte und Träger kürzen.

34

35 Besonders nach dem nicht ausgeglichenen Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich
36 dürfen die Kommunen nicht zusätzlich durch „indirekte“ Kürzungen bei weiterzureichenden
37 Fördermitteln belastet werden.

38